



Freitag, 08. Mai 2020, 10:00 Uhr
~18 Minuten Lesezeit

Die Schattenträger

Man stimmt der Politik der AfD nicht zu, wenn man darauf hinweist, dass sie nur Symptom einer gesamtgesellschaftlichen Schiefelage ist.

von Andreas Peglau
Foto: Sjstudio6/Shutterstock.com

Nein, ich bin ganz sicher kein Fan von Björn Höcke, Alexander Gauland, Alice Weidel oder der Alternative für Deutschland (AfD). Und ich will deren „rechtes“, zum Teil faschistoides Potenzial, das nun sogar vom **Verfassungsschutz anerkannt wird**

(https://www.focus.de/politik/deutschland/verdacht-bestaetigt-verfassungsschutz-beobachtet-fluegel-der-afd_id_11761787.html), nicht kleinreden. Aber ich halte es für brandgefährlich, sich nicht bewusst zu machen, wer und was den politischen Rechtsruck hierzulande verursacht hat. Und das ist nun einmal nicht die AfD. Wer die weitere Entdemokratisierung dieses Landes

verhindern will, sollte den Mut haben, sämtliche Faktoren zu berücksichtigen, die an dieser verheerenden Entwicklung beteiligt sind (1). Der politische Rechtsruck kann nur aufgehalten werden, wenn er als gesamtgesellschaftliche Störung begriffen wird.

Kontinuitäten

Im Tagesspiegel vom 11. Februar 2020

<https://www.tagesspiegel.de/kultur/kontinuitaeten-zur-nsdap-die-cdu-verklaert-nach-thueringen-ihre-rechte-vergangenheit/25532786.html>

führt Caroline Fetscher die aktuelle Selbsthuldigung der CDU als „schon immer antitotalitär“ und „äquidistant nach links und rechts“ ad absurdum. Sie verweist auf im Dritten Reich verwurzelte „Kontinuitäten in fast allen Bereichen der (west!)deutschen Gesellschaft, in Konzernen, Behörden, im Bildungswesen, der Medizin, dem Militär und im Kulturbetrieb“.

Dringend zu ergänzen ist zumindest der BND, aufgebaut von

Reinhard Gehlen

https://de.wikipedia.org/wiki/Reinhard_Gehlen), der als Generalmajor die Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab der faschistischen Wehrmacht leitete. Etwa „65 hohe Funktionsträger der CDU, 20 der CSU und 35 Politiker der FDP waren“, so Fetscher weiter, „Mitglieder der NSDAP, ehe sie ihre Ämter in der bundesrepublikanischen Demokratie antraten, als Bürgermeister, Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Fraktionsvorsitzende, Ministerpräsidenten, stellvertretende Ministerpräsidenten und hochrangige Diplomaten.“

Einer von ihnen war **Theodor Maunz**

(https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Maunz), der auf die Formulierung des Grundgesetzes einwirkte, als führender Verfassungsrechtler galt, von 1957 bis 1964 als CSU-Mitglied bayerischer Kultusminister war – aber vor 1945 als Professor NS-Staat und Führerkult juristisch abzusichern suchte (2) und bis zu seinem Tode 1993 unzählige anonyme Texte schrieb für die rechtsradikale *Deutsche National-Zeitung*.

Caroline Fetscher benennt drei weitere prominente Fälle: **Hans**

Globke (https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Globke),

Mitverfasser der Nürnberger ‚Rassegesetze‘ und bis 1963

Kanzleramtschef unter Konrad Adenauer, **Kurt Georg Kiesinger**

(https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Georg_Kiesinger),

Bundeskanzler von 1966 bis 1969, stellvertretender Leiter der

Rundfunkpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt des NS-Staates

sowie **Hans Filbinger**

(https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Filbinger), Ministerpräsident

von Baden-Württemberg bis 1979“. Letzterer „fällte als

Marinerichter noch Ende des Zweiten Weltkriegs Todesurteile

gegen Deserteure, (...) hatte schon 1933 vor ‚volksfremden Kräften‘

gewarnt – in Tönen, die heute von Höcke zu hören sind.“

Und Gauland dürften sich aber auch legitimiert fühlen durch einen

1969 getätigten **Ausspruch** ([https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2F1988%2F41%2Fworte-von-](https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2F1988%2F41%2Fworte-von-franz-josef-strauss%2Fseite-3)

[franz-josef-strauss%2Fseite-3](https://www.zeit.de%2F1988%2F41%2Fworte-von-franz-josef-strauss%2Fseite-3)) des CSU-Chefs und Finanzministers

Franz-Josef Strauß

(https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Josef_Strau%C3%9F), im

Zweiten Weltkrieg Ausbildungsoffizier und zuständig für

„wehrgeistige Führung“:

„Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen!“

Kein Wunder, dass Sozialforscher in der Bundesrepublik Deutschland „ein stabiles Potenzial von (latentem) Antisemitismus“ registrierten (3). Noch 1980, zehn Jahre nachdem die 68er den „Mief von 1.000 Jahren“ ruchbar gemacht hatten, bekannten sich hier 13 Prozent der Befragten zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild (4).

„Rechtes“ Potenzial wurde in der BRD auch immer wieder von politischen Parteien gebündelt: 1945/46 gründete sich die **Deutsche Partei** (https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Partei), 1964 die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands** (https://de.wikipedia.org/wiki/Nationaldemokratische_Partei_Deutschlands)(NPD), 1983 **Die Republikaner** (https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Republikaner), 1987 die **Deutsche Volksunion** (https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Volksunion)(DVU). 2000 sollte die **„Schill“-Partei** (https://de.wikipedia.org/wiki/Partei_Rechtsstaatlicher_Offensive) folgen.

Es ist deshalb nachvollziehbar, dass Samuel Salzborn im **Spiegel vom 7. März 2020** (<https://magazin.spiegel.de/SP/2020/11/169828688/index.html>) den Glauben „an eine tatsächliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit“ als „die größte Lebenslüge der Bundesrepublik“ bezeichnet.

Die AfD musste also ihre nationalistisch-chauvinistische Ausrichtung nicht neu erfinden, sondern baut – erfolgreicher als bisherige Rechtsaußen-Parteien – auf BRD-typische Traditionslinien auf.

Aber hat die AfD nicht die Deutschen zumindest rechtsextremer werden lassen, als sie zuvor waren?

„Rechte“ Weltbilder

Die DDR konnte rechte Einstellungen nie vollständig zurückdrängen, war jedoch in diesem Bestreben weitaus konsequenter und **erfolgreicher als ihr westlicher Nachbarstaat** (<https://andreas-peglaue-psychoanalyse.de/produzierte-die-ddr-mehr-rechte-einstellungen-als-die-brd-nein-ganz-im-gegenteil/>). 1990 verschwand mit der Deutschen Demokratischen Republik auch deren staatliche Vorgabe antifaschistischer Werte – welche von einem großen Teil der DDR-Bürgerinnen und -Bürger bejaht und verinnerlicht worden waren (5).

Offenkundig ausgelöst durch den für viele desillusionierenden Verlauf der „Wiedervereinigung“, steigerte sich in den neueren Bundesländern dennoch der Verbreitungsgrad rechtsextremer Einstellungen ab Mitte der 1990er Jahre (6). Allmählich sollten die „Ossis“ diesbezüglich Westniveau erreichen, später die „Wessis“ überholen.

Doch bis 2016 war der „geschlossene Antisemitismus unter Westdeutschen (...) fast durchweg verbreiteter als unter Ostdeutschen“ (7). Als eine Leipziger Forschergruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler 2002 begann, diese Einstellungen zu erfassen, vertraten im Westen 11,3 Prozent ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ – im Osten waren es noch immer deutlich weniger: 8,1 Prozent.

Die Leipziger Wissenschaftler nutzen für ihre „Mitte“-Studien (8) sechs Dimensionen: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur/ Chauvinismus/ Verharmlosung des Nationalsozialismus/ Ausländerfeindlichkeit/ Antisemitismus/ Sozialdarwinismus. 2002 ergaben die Befragungen bei durchschnittlich 9,7 Prozent der Deutschen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. 2012 war dieser Anteil auf 9 Prozent gesunken, 2014 – ein Jahr nach AfD-

Gründung –, auf 5,7 Prozent. Die hinter diesen Zahlen lauende Bedrohung wird spürbarer, wenn man hinzunimmt, dass 2014 einzelne dieser Aussagen von bis zu 31 Prozent – die für mehr als 22 Millionen Deutschen stehen – als „teils/teils“ richtig beurteilt wurden (9).

2018 musste mit 6 Prozent zwar eine leichte Steigerung verzeichnet werden (10). Dennoch hat sich der anhaltende Erfolg der zunehmend nach „rechts“ driftenden AfD kaum in einer messbaren Erhöhung dieses Wertes niedergeschlagen. Doch es lohnt sich, diese Befragungsergebnisse genauer in den Blick zu nehmen.

Chauvinistisch und ausländergefeindlich

Um eine Aussage darüber treffen zu können, wie viel Deutsche ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben“, wird von den Forschern der Durchschnitt der erwähnten sechs Befragungsdimensionen ermittelt. Sieht man sich diese Dimensionen anhand der 2018er Studie stattdessen einzeln an, zeigt sich: Vier deutlich abfallenden oder annähernd konstant bleibenden Werten (11) stehen in zwei Dimensionen ganz andere Verläufe gegenüber: Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit.

Chauvinismus ist aggressiver Nationalismus, der das Überlegenheitsgefühl gegenüber Angehörigen anderer Nationen einschließt: Deutsche Weltgeltung, „deutsches Interesse“ sollen „hart und energisch“ gegen das Ausland „durchgesetzt werden“ (12). Der Anteil chauvinistisch Eingestellter stieg zwischen 2014 und 2018 von 13,6 auf 19,2 Prozent (13).

Damit eng verflochten ist die Ausländerfeindlichkeit, bei der wiederum die „Vorstellung einer Volksgemeinschaft“ mit „antidemokratischen und rassistischen Implikationen“ mitschwingt.

Erkundet wird diese Dimension zum Beispiel durch die Bewertung der Sätze: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ und „Die Ausländer kommen nur hier her, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (14). 2014 stimmten dem 18,1 Prozent zu. 2018 waren es bereits 24,2 Prozent – knapp ein Viertel der Gesamtbevölkerung (15).

Dieses Anwachsen dürfte im Zusammenhang mit der Popularität der AfD stehen. Allerdings weniger als Folge dieser Popularität, sondern als deren Basis. Denn der Chauvinismus-Wert lag zwischen 2002 und 2012 fast durchweg höher als 2018 (16). Gleiches gilt für die Ausländerfeindlichkeit zwischen 2002 und 2006 (17) sowie zwischen 2010 und 2012 (18). Schon 2013 berichteten Decker et al.:

„Die Islamfeindschaft ist in den letzten Jahren zum zentralen Motiv der rassistischen Vorurteile geworden.“

Mehr als jeder zweite Deutsche stimmte islamfeindlichen Aussagen zu (19). Das erklärt auch den Erfolg des Buches „Deutschland schafft sich ab“, verfasst von dem SPD-Mitglied und Ex-Senator Thilo Sarrazin. Herausgegeben wurde es 2010 von der zur Bertelsmann-Gruppe gehörenden Deutschen Verlagsanstalt; *Spiegel* und *Bild*-Zeitung ehrten es durch Vorabdrucke. Sarrazin bemühte sich dort um die Rehabilitation sozialdarwinistischer Thesen, „die sich im Sinne rechtspopulistischer und autoritär-nationalradikaler Überlegenheitsansprüche ausbeuten lassen“ und diffamierte insbesondere muslimische Migranten (20). In zwei Jahren wurden 1,5 Millionen Exemplare abgesetzt; bald gehörte **der Band** (https://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland_schafft_sich_ab) zu den „meistverkauften Sachbüchern in gebundener Form (Hardcover) seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland“.

Nicht nur Angehörige anderer Religionen oder Nationen waren jedoch vor der AfD-Gründung längst massenhaften Ressentiments ausgesetzt.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer forscht seit den 1980er-Jahren zum Rechtsextremismus, entwickelte später das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Gemeint ist damit die aggressive Herabwürdigung von Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder bloß zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit.

Dazu gehört ebenfalls, die Aufrechterhaltung von Privilegien der Etablierten zu fordern. Herabgewürdigt wird hier die übergroße Masse der Bevölkerung. Darauf, wie selbstverständlich dies in Deutschland auch in Leitmedien vertreten wird, verweist Heitmeyer am Beispiel des Philosophen Peter Sloterdijk. 2009 verteidigte Letzterer in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die Bevorzugung „der ‚Leistungsfähigen‘ gegenüber den im Sinne des ökonomistischen Denkens ‚Nutzlosen‘ und ‚Ineffizienten‘“. Erschreckend war zudem „die Fülle der prominenten Autoren, die Sloterdijk beisprangen“ (21).

Auch Heitmeyers Untersuchungen beweisen: Lange bevor 2013 die AfD gegründet wurde, waren „die Einstellungen, denen sich der Erfolg von Pegida und der AfD verdankte“ inklusive der „wichtigsten ‚Zutaten‘ und Voraussetzungen für solche Bewegungen“ vorhanden. Die „jeweiligen, für Abwertung und Diskriminierung – und zum Teil auch als Opfer von Gewalt – markierten Gruppen“ standen ebenso bereits „im Fokus der rechtspopulistisch Eingestellten“: Juden, Sinti und Roma, Asylsuchende, Langzeitarbeitslose, Behinderte, Obdachlose, Muslime, Homosexuelle und Frauen (22).

Verschiebung

Der Psychoanalytiker Wilhelm Reich (1897 bis 1957) arbeitete 1933 in

seinem Buch **Massenpsychologie des Faschismus**

(<https://www.rubikon.news/artikel/anatomie-des-wahns>) heraus, wie patriarchal-autoritäre Gesellschaften – deren jüngste Ausgabe die kapitalistische ist – Menschen systematisch destruktiv machen.

In meinen Worten: Wir kommen psychisch recht gesund auf die Welt, als soziale Wesen, kontakt- und liebesfähig, auch liebenswert. Doch dann wird uns durch den „Erziehung“ genannten Vorgang jenes Ausmaß an seelischer Deformation aufgezwungen, das uns passfähig macht für die psychosozial gestörte Gesellschaft, die uns umgibt.

Die berechtigte Wut, die dieser Unterdrückungs- und Entfremdungsprozess in uns auslöst, kann gegenüber den uns beherrschenden Autoritätspersonen nicht ausgedrückt werden, staut sich daher an und macht aus unserer angeborenen Befähigung zu angemessener Aggressivität ein Potenzial bössartiger Destruktivität.

Dieses – von den jeweiligen Machthabern ausnutzbare – Potenzial sucht nach Ersatzventilen, Sündenböcken. In dieser Hinsicht ist es „flexibel“: Die Sündenböcke sind austauschbar – Hauptsache, es gibt jemanden, an dem die angestaute Wut möglichst gefahrlos ausgelassen werden kann.

Wenn es also nun mal nicht opportun ist, offen zu seit Generationen tradiertem Antisemitismus zu stehen und mit dem NS-Staat zu liebäugeln, und wenn dann „Fremde“ ins Land kommen, gegen die selbst Vertreter der Volksparteien hetzen, die *Bild*-Zeitung sowieso – dann bietet sich die Verschiebung des Wutpotenzials auf diese „Fremden“ an.

Und genau das scheint ab 2014 geschehen zu sein.

Alexander Gauland **bezeichnete die sogenannte Flüchtlingskrise**

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/271484/die-afd-werdegang-und-wesensmerkmale-einer-rechtsausenpartei>) als „Geschenk für uns“ und als „sehr hilfreich“. Die sich zunächst vor allem dem Neoliberalismus andienende AfD musste 2015 ihre Positionierung nur noch nationalistisch-chauvinistisch nachrüsten – und konnte absahnen. *Herbeigeführt* hatte sie den spätestens ab 2014 zu verzeichnenden Rechtsruck nicht. Und sie ist auch nicht die einzige Kraft, die ihn vorantreibt.

Kollaborationen

Die der AfD ab 2015 zuströmenden Wähler hatten zuvor mit Vorliebe die „großen Volksparteien“ gewählt. Auch Gauland war „als angesehener konservativer Christdemokrat“ von 1973 bis 2013 in der CDU aktiv (23). 2014 konnten CDU/CSU und SPD „noch knapp 50 Prozent der rechtsextrem Eingestellten an sich binden“. 2016 sahen mehr als 26 Prozent der Rechtsextremen weiterhin CDU/CSU und SPD als politische Heimat an (24). 2018 war dieser Anteil wieder auf fast 29 Prozent gestiegen (25).

Laut der Leipziger Studien hatten zu diesem Zeitpunkt mehr als 23 Prozent der AfD-Wähler ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild (26). Obwohl die AfD-Anhängerschaft also keinesfalls pauschal als rechtsextrem einzustufen ist (27), vereint diese Partei im Vergleich zu anderen das mit Abstand größte Potenzial gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dieses Potenzial wird innerhalb der AfD intensiver bekräftigt und radikalisiert (28), die dahintersteckenden rechtsextremen Einstellungen am unverblümtesten medial kommuniziert. Langfristig fördert das unweigerlich deren weitere Verfestigung und Ausbreitung.

Und selbst die nicht-extremen Mitglieder folgen ja einer Parteispitze, für deren Kurs das Wort Rechtspopulismus

mittlerweile eine Verharmlosung darstellt – was indirekt auch Alexander Gauland **bestätigt**

<https://www.tagesschau.de/inland/afd-verfassungsschutz-verdachtsfall-101.html>):

„Herr Höcke rückt die Partei nicht nach rechts. Herr Höcke ist die Mitte der Partei.“

Wilhelm Heitmeyer **diagnostiziert**

https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologe-wilhelm-heimmeyer-der-begriff-rechtspopulismus.990.de.html?dram:article_id=432919) daher bei der AfD „autoritären Nationalradikalismus“.

Doch statt, dass die anderen Parteien geschlossen gehalten, wird vielfach um die rechtsextreme Wählerschaft gebuhlt, nicht zuletzt mit AfD-nahen Parolen.

Ein Beispiel: Im Jahr 2017 meinte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in einem Papier zur „Leitkultur“ formulieren zu müssen: „Wir sind nicht Burka“. Bald darauf warb die AfD auf Wahlplakaten mit „Burkas? Wir stehen auf Bikinis“ (29).

Helmut Dahmer erinnert „die „heutige politische Szene“ an einen „verwirrenden Mummenschanz. Leugner und Ignoranten füllen die Bühne, mitten drin die Nostalgiker, die glanzvollen Mordzeiten nachtrauern, und so, wie einst Faschisten als Demokraten auftraten, spielen sich heute Antisemiten als ziemlich beste Freunde Israels auf. In den Kulissen warten derweil die Wiederkäuer der NS-Weltanschauung und ihr Stoßtrupp, die Aktivisten, die Worten Taten folgen lassen“ (30).

Götz Eisenberg nimmt den bislang letzten rechtsextremistisch motivierten Mord zum Anlass, um auf das Ausmaß staatlicher Begünstigung des „Rechts“-Trends **hinzuweisen**

<https://www.jungewelt.de/artikel/374582.narziss-und-nazis.html>):

„Die Betroffenheit, die Leute wie Innenminister Horst Seehofer und Hessens Ministerpräsident Bouffier nach dem Massaker von Hanau geäußert haben, ist verlogen, weil beide tief verstrickt sind. Seehofer hat vor nicht allzu langer Zeit die Migration ‚zur Mutter aller Probleme‘ erklärt, und Bouffier hat die Aufklärung des Kasseler NSU-Mordes und die Verstrickung des Verfassungsschutzes in diesen Mord nach Kräften behindert. Beide sind Teil des Problems und können zu seiner Lösung infolgedessen schwerlich beitragen.“

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kann freilich noch so oft von Politikern und Politikerinnen ignoriert, gedeckt oder initiiert werden: Sie hätte keine Chance sich durchzusetzen ohne eine massenhafte Basis.

Achtzig Prozent – oder mehr

2018 pflichteten knapp 56 Prozent der Deutschen islamfeindlichen Aussagen bei, mehr als 69 Prozent diffamierten Sinti und Roma. Über 61 Prozent widersprachen der Aussage, die Asylsuchenden hätten „wirkliche Verfolgung erlitten“ oder seien „von ihr bedroht“ (31). Fast 80 Prozent (!) lehnten die Forderung ab, „der Staat solle großzügig bei der Prüfung von Asylanträgen vorgehen“ (32).

Einer der reichsten Staaten der Erde, der es sich leisten kann, den „oberen Zehntausend“ permanent Millionengeschenke zu machen, soll also im Umgang mit dieser Menschengruppe auf „Großzügigkeit“ verzichten, damit auf eine zutiefst wünschenswerte Haltung, die ja nichts zu tun hat mit Verschwendung.

Die „autoritäre Unterwürfigkeit“, das Nach-oben-Buckeln des

autoritären Charakters (33), kennzeichnete 2018 mehr als 23 Prozent der Bundesbürger und -bürgerinnen. „Autoritäre Aggression“, das Nach-unten-treten-Wollen, identifizierten die Leipziger Forscher bei knapp 65 Prozent (34).

Als Ventil autoritärer Aggression müssen nicht nur Asylbewerber erhalten. Wer seine Kinder unterdrückt oder schlägt – beides ganz und gar keine Seltenheit (35) –, lässt diesen Affekt nur an anderen sozial Schwächeren aus. Autoritäre Aggression dürfte ebenfalls der Hintergrund dafür sein, dass 2018 knapp 38 Prozent der Deutschen Behinderte abwerteten und 52 Prozent meinten, „die meisten Langzeitarbeitslosen“ würden sich „auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“ (36). Doch auch wer eine Willkommenskultur für Flüchtlinge pflegt, aber zu den 40 Prozent der Bevölkerung gehört, die es „ekelhaft“ finden, „wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen“ (37), hat sich für seine Wut womöglich ebenfalls nur andere „fremd“ erscheinende Menschen als Zielscheibe auserkoren.

Dass vier Fünftel der Deutschen die großzügige Bearbeitung von Asylanträgen ablehnen, heißt zudem: Nur ein Fünftel sieht das anders. Schon das ist eine klare Minderheit. Es ist aber auch nicht anzunehmen, dass alle, die hier Großzügigkeit befürworten, zugleich keine Ressentiments in Bezug auf Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Arbeitslose, Arme oder andere, von ihnen als „fremd“ eingestufte Menschengruppen oder in Bezug auf Frauen haben. Stattdessen lässt sich vermuten, dass die Zahl derer, die tatsächlich frei sind von all dem, die keinerlei „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in sich tragen, gering ist.

Wer jedoch überhaupt von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit infiziert ist, der bietet mit diesem Persönlichkeitsanteil autoritär-nationalistischen Bewegungen ein Einfallstor, der stimmt – vielfach unbewusst – in einem entscheidenden Punkt mit diesen Bewegungen überein. Mehr und

geschickter als andere Parteien nutzt die AfD dieses Einfallstor.

Gesamtgesellschaftliche Deformation

1946, ein Jahr nach der Zerschlagung des NS-Staates, resümierte Wilhelm Reich: Im „charakterlichen Sinne ist ‚Faschismus‘ die emotionelle Grundhaltung des autoritär unterdrückten Menschen“. Erst dieser massenhaft vorhandene Charaktertypus „schafft die faschistischen Parteien und nicht umgekehrt“ (38). Das gilt noch immer. Und es lässt sich verallgemeinern: Die von uns bevorzugten Parteien sind ein Abbild unserer Einstellungen.

Sich angemessen mit der AfD auseinanderzusetzen, sich von ihr abzugrenzen, ist wichtig. Aber es genügt nicht. Notwendig ist, *jedlichen* menschenfeindlichen Haltungen und Parolen eine Absage zu erteilen – von wem auch immer sie vertreten werden.

Nicht gerechtfertigt ist, auf die AfD oder auf „die Rechten“ als vermeintlich alleinige Träger des „Bösen“ mit dem Finger zu zeigen. In Umfragen, die bis zum 12. März 2020 vorgenommen wurden, teilten bis zu 14 Prozent der deutschen Wählerinnen und Wähler mit, dass sie „am nächsten Sonntag“ **die AfD wählen würden** (<https://www.wahlrecht.de/umfragen/>). Vierzehn Prozent – das dürfte höchstens ein Sechstel derjenigen von uns sein, die vermutlich Aspekte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in sich tragen.

Und weil es gar nicht oft genug gesagt werden kann:

Es geht hier um herbeisozialisierte Menschenfeindlichkeit. Niemand von uns ist „böse“ auf die Welt gekommen, wir alle behalten lebenslang einen „guten Kern“, der wieder freigelegt werden kann (39).

Die uns bedrohenden politisch-sozialen Desaster erschaffen wir zusammen – wenn auch mit sehr unterschiedlich verteilten Rollen, Einflussmöglichkeiten und objektiven Interessenlagen. Natürlich haben Vertreter wirtschaftlich-politischer Eliten, die durch Förderung „rechter“ Tendenzen ihre Macht sichern wollen, weitaus mehr Verantwortung für die politische Verrohung als die bloßen Mitläufer oder gar als diejenigen, die gegen diese Verrohung rebellieren. Doch ohne die Millionen von Mitläufern wäre all das gar nicht möglich. Und selbst die Rebellen stützen zumindest durch Konsumieren und Steuerzahlen notgedrungen sämtliche Aktivitäten des Staates – auch jene, die diese Verrohung fördern.

Die AfD ist momentan die Gruppierung von Menschen, bei der die gesamtgesellschaftliche Deformation am klarsten zutage tritt. Die AfD ist das auffälligste Symptom einer Störung. Aber sie ist nicht die Störung selbst.

Wilhelm Reich schrieb:

„Man kann den faschistischen Amokläufer nicht unschädlich machen, (...) wenn man ihn nicht in sich selbst aufspürt, wenn man nicht die sozialen Institutionen kennt, die ihn täglich ausbrüten“ (40).

Quellen und Anmerkungen:

(1) Ich danke Werner Abel, Götz Eisenberg, John Erpenbeck, Manfred Lotze, Gudrun Peters und Wolfgang Stern für Austausch und konstruktive Kritik zum Text sowie Oliver Decker für Zusatzinformationen zu den Autoritarismus-Studien.

(2) Die **Zeit** (<https://www.zeit.de/1994/07/maunz-raus/seite-2>) dokumentierte von Maunz verfasste, „widerwärtige Phrasen

zwischen 1933 und 1944 wie diese: Juden hätten durch ihr einseitiges Interesse an formalen Kategorien die Verwaltungsrechtswissenschaft inhaltlich entleert oder: Das Schwimmbadverbot für die Juden sei geradezu eine ‚Erfüllung des nationalsozialistischen Gleichheitssatzes.‘ (...) ‚Die politischen Führer-Entscheidungen vertragen keinerlei Kontrolle durch einen justizförmigen Apparat.‘ (...) ‚Der Führer ist vor allem berufen, das Recht zu erkennen, kundzutun und zu vollstrecken.‘“

(3) Dahmer, Helmut (1994): Pseudonatur und Kritik. Freud, Marx und die Gegenwart, Frankfurt/Main: Suhrkamp, Seite 236.

(4) Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Seite 61.

(5) Ebenda, Seiten 62 bis 64. Siehe auch:

<https://www.rosalux.de/publikation/id/41078/holocaust-in-der-ddr-angeblich-verschwiegen/>

[\(https://www.rosalux.de/publikation/id/41078/holocaust-in-der-ddr-angeblich-verschwiegen/\)](https://www.rosalux.de/publikation/id/41078/holocaust-in-der-ddr-angeblich-verschwiegen/)

(6) Stöss 2010, Seiten 63 folgende (wie Anmerkung 4).

(7) Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Herausgeber) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen: Psychosozial, Seite 84. 2018 lag der Wert dann im Osten bei 5,2, im Westen bei 4,2 Prozent.

(8) Diese Studien werden seit 2018 als „Leipziger Autoritarismus-Studien“ fortgesetzt (ebenda). Hierbei kommt ein seit 2002 unverändertes Befragungsprozedere zur Anwendung – was die Vergleichbarkeit aller Befragungen garantiert. Der Titel „Mitte-Studien“ wird von einer Untersuchungsreihe beibehalten, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert wird. Hier wurden jedoch nach 2012 deutliche Veränderungen in den Erhebungsmethoden vorgenommen. So werden Telefoninterviews genutzt, von denen die Forscher selbst schreiben (erstaunlicherweise ohne es problematisch zu finden), dass sie die Ergebnisse in Richtung sozialer Erwünschtheit, also beschönigend verzerren (Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Berghan, Wilhelm 2019: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

2018/19, Bonn: J. H. W. Dietz, Seite 51). Der Vergleich der Resultate von Zick et al. mit denen der Autoritarismus-Studien legt nahe, dass genau diese Verzerrung stattfindet. Ich verwende daher vorwiegend die Leipziger Untersuchungen. Deren nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im November 2020.

(9) Peglau, Andreas (2017): Rechtsruck im 21. Jahrhundert. Wilhelm Reichs „Massenpsychologie des Faschismus“ als Erklärungsansatz, Berlin: NORA, Seite 93.

(10) Decker/ Brähler 2018, Seite 87 (wie Anmerkung 7).

(11) Die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur lag sowohl 2014 als auch 2018 bei 3,6 Prozent. Der geschlossene manifeste Antisemitismus fiel im selben Zeitraum von 5,1 auf 4,4 Prozent. Der Wert für „Sozialdarwinismus“ stieg leicht an: von 2,9 auf 3,2 Prozent, ebenso bei der „Verharmlosung des Nationalsozialismus“: von 2,2 auf 2,7 Prozent (ebenda, Seiten 82 bis 87).

(12) Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Herausgeber) (2013): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, Gießen: Psychosozial, Seite 200.

(13) Decker et al. 2018, Seite 82 (wie Anmerkung 7).

(14) Decker et al. 2013, Seite 200 (wie Anmerkung 12).

(15) Decker et al. 2018, Seite 83 (wie Anmerkung 7).

(16) Nämlich bei 19,3 bis 20,8 Prozent. Die Ausnahme bildete mit nur 14,9 Prozent das Jahr 2008.

(17) 25,5 bis 26,9 Prozent.

(18) 24,7 bis 25,1 Prozent.

(19) Decker et al. 2013, Seite 140 (wie Anmerkung 12).

(20) Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin: Suhrkamp, Seiten 298f.

(21) Ebenda, Seite 295.

(22) Ebenda, Seiten 205f., 212f., 218.

(23) Ebenda, Seite 257.

(24) Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Herausgeber) (2016): Enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen: Psychosozial, Seite 78f.

(25) Decker et al. 2018, Seite 94 (wie Anmerkung 7).

(26) Ebenda, Seite 93.

(27) Heitmeyer (2018, Seite 226f., wie Anmerkung 20) betont, dass die AfD-Anhänger sich aus „unterschiedlichen Schichten“ speisen, die „eines gemeinsam (haben): einen pessimistischen Blick auf die Zukunft“. Die Soziologin Cornelia Koppetsch spricht von einer „Querfront der Verlierer“, einem Zusammenschluss derjenigen, die sich insbesondere durch Neoliberalismus und Globalisierung als von sozialem Abstieg bedroht empfinden oder **bereits betroffen sind** (https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologin-cornelia-koppetsch-wer-waehlt-afd-und-warum.990.de.html?dram:article_id=453189). Wie nahezu alle Ursachenzuschreibungen (vergleiche Zick et al. 2019, Seite 197 bis 201, wie Anmerkung 8) beantwortet auch diese allerdings nicht die Frage: Wieso kommt es aufgrund dieser Bedrohungen statt eines Rechts- nicht zu einem Linksruck in der Bevölkerung? Plausible Antworten darauf bietet Reich, Wilhelm (2020): Massenpsychologie des Faschismus. Der Originaltext von 1933, Gießen: Psychosozial, insbesondere Seiten 11 bis 40.

(28) Heitmeyer 2018, Seiten 222ff. (wie Anmerkung 20), Decker et al. 2018, Seiten 92ff. (wie Anmerkung 7).

(29) Ebenda., Seite 335.

(30) Dahmer, Helmut (2020): Antisemitismus, Xenophobie und pathisches Vergessen. Warum nach „Halle“ vor „Halle“ ist, Münster: Westfälisches Dampfboot, Seiten 11f.

(31) Decker et al. 2018, Seiten 101 bis 105 (wie Anmerkung 7).

(32) Genau waren es 79,1 Prozent (ebenda, Seite 105). 2016 betraf es 80,9 Prozent (Decker et al. 2016, Seite 50 – wie Anmerkung 24).

(33) Zur aktuellen Bedeutung des autoritären Charakters:

https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00045266/05_Peglau_Autoritarismus.pdf (https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00045266/05_Peglau_Autoritarismus.pdf)

(34) Decker et al. 2016, Seite 56 (wie Anmerkung 24).

(35) Peglau 2017 (wie Anmerkung 9), Seiten 70ff.

- (36) Zick et al. 2019, Seite 84 (wie Anmerkung 8).
- (37) Decker et al. 2016 (wie Anmerkung 24), Seite 50f.
- (38) Reich, Wilhelm 2020, Seite 270 (wie Anmerkung 27).
- (39) Siehe dazu insbesondere Fromm, Erich (1989): Die Anatomie der menschlichen Destruktivität, in ders.: Gesamtausgabe, Bd. 7, München: dtv; Peglau 2017, Seiten 60 bis 67 (wie Anmerkung 9) sowie Hüther, Gerald (2003): Die Evolution der Liebe. Was Darwin bereits ahnte und die Darwinisten nicht wahrhaben wollen, Göttingen: Vandenhoeck/ Ruprecht.
- (40) Reich 2020, Seite 270 (wie Anmerkung. 27).

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Andreas Peglau, Jahrgang 1957, ist Dr. rer. medic., Diplom-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut und Psychoanalytiker in eigener Praxis in Berlin. Von 1985 bis 1991 war er als Redakteur im DDR-Rundfunksender Jugendradio DT 64 unter anderem für Lebenshilfesendungen zuständig. 1990 gründete er mit anderen die Gemeinschaft zur Förderung der Psychoanalyse e.V. Im Juli 2017 erschien sein Buch „Rechtsruck im 21. Jahrhundert. Wilhelm Reichs Massenpsychologie des Faschismus als Erklärungsansatz“. Weitere Informationen unter <http://andreas-peglau-psychoanalyse.de> (<http://andreas-peglau-psychoanalyse.de>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.

